Preußische Gesetzsammlung

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 21. Juni 1933

Mr. 41

Tag	Geset über die Beendigung der Amtsteit der Schichswärman	Seite
		913
27. 5. 1933.	Berordnung über die Beschäftigung von weiblichen Arbeitnehmern in Schanfftätten	213
80, 5, 1933,	Berordnung zur Regelung des Milchpreises	214
2, 6, 1933.	Bollzeiverordnung über die öffentliche Ankündigung ober Anpreisung von Mitteln ober Versahren, die zur Verhütung, Linderung oder Heilung von Menschen ober Tierfrankleiten bestimmt find	915
Bekanntm	achung der nach dem Gesetze vom 10. Abril 1872 burch hie Regierungsamtsblätter peräffentlichten Graffe	
	Urfunden usw	215

(Rr. 13915.) Gefet über die Beendigung der Amtszeit der Schiedsmänner. Bom 15. Juni 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen: 1881 ione 172 nod milion

are ground for 1.1 & Her bes Stanen.

- (1) Die Amtszeit der Schiedsmänner und ihrer Stellvertreter, die vor dem 13. März 1933 gewählt sind, endet mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes.
- (2) Die Neuwahlen haben unverzüglich stattzufinden. Die nach Abs. 1 Ausscheidenden bleiben bis zur Bestätigung der Neugewählten mit ihren bisherigen Rechten und Pflichten in ihrem Amte.

§ 2.

Dies Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Rraft.

Berlin, den 15. Juni 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Göring.

Rerrl.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verstündet.

Berlin, den 15. Juni 1933.

Für den Reichskanzler:

Der Preußische Ministerpräsident.

Göring.

(Rr. 13916) Berordnung über die Beschäftigung von weiblichen Arbeitnehmern in Schankstätten. Bom 27. Mai 1933.

/ Auf Grund des § 17 Abs. 2 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (Reichsgesetzl. I S. 146) wird für das Land Preußen solgendes verordnet:

§ 1.

Wer vom 1. Juni d. J. ab weibliche Arbeitnehmer in Schankstätten bei der Bedienung der Gäste mit Speisen oder Getränken beschäftigen will, bedarf dazu der Genehmigung der Ortspolizeis behörde.

§ 2.

Die vorstehende Bestimmung gilt weder für ordnungsmäßig betriebene Konditoreien noch für alkoholfreie Schankstätten noch für Betriebe, in denen die weiblichen Arbeitnehmer neben der Bedienung der Gäste gleichzeitig mit häuslichen Arbeiten beschäftigt werden. Sie gilt serner nicht für die Beschäftigung von weiblichen Arbeitnehmern, die mit dem Erlaubnisinhaber in aufsteigender oder absteigender Linie verwandt oder verschwägert sind.

§ 3.

Die Vorschriften des Abschnitts III der Berordnung zur Durchführung des Gaststättengesetzes vom 18. Juni 1930 (Gesetzsamml. S. 117) in der Fassung der Verordnung zur Mänderung der Verordnung vom 18. Juni 1930 zur Durchführung des Gaststättengesetzes vom 30. März 1933 (Gesetzsamml. S. 106) bleiben unberührt.

8 4.

Inhaber von Schankstätten, die weibliche Arbeitnehmer ohne die in den vorstehenden Paragraphen vorgeschriebene Erlaubnis beschäftigen, werden gemäß § 29 Ziffer 5 des Gaststättengesetzes mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Berlin, den 27. Mai 1933.neffolded seles odneplot kad tad unereffinimktonis an C

Der Preußische Minister des Innern.

(1) Die Amiszeit der Schiedsmänner. gnirs Gellvertreter, die vor dem 18. März 1938 gewählt find, ender mit dem Ange des Indraftretens dieses Gesetzes.

(2) Die Neuwahlen haben unverzüglich stattsukinden

(Rr. 13917.) Berordnung jur Regelung bes Mildpreifes. Bom 30. Mai 1933.

Auf Grund des § 5 Abs. 1 Erster Teil Kapitel II der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 699) in Verbindung mit den Anordnungen Nr. 9 und 20 des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 19. Januar und 29. Februar 1932 wird folgendes verordnet:

§ 1.

In Abänderung der Verordnungen des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 1. Februar und 15. März 1932 (Gesetzssamml. S. 99 u. 146) werden die auf die Regierungspräsidenten übertragenen Besugnisse zur Itberwachung des Milchpreises für die Regierungsbezirke Aachen, Köln, Arnsberg, Minden und Münster auf den Regierungspräsidenten in Düsseldorf übertragen.

Amodificarethini § 2. chiismen & rece

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkundung in Kraft.

Berlin, den 30. Mai 1933.

Der Preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit.

Der Kommissar des Reichs.

In Vertretung: Claußen.

(Nr. 13918.) Polizeiverordnung über die öffentliche Ankündigung oder Anpreisung von Mitteln oder Berfahren, die zur Verhütung, Linderung oder Heilung von Menschens oder Tierkrantheiten bestimmt sind. Vom 2. Juni 1933.

Auf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzsamml. S. 77) wird für den Umfang des Preußischen Staatsgebiets folgendes verordnet:

§ 1.

Die öffentliche Ankündigung oder Anpreisung von Gegenständen, Vorrichtungen, Verfahren oder Mitteln, die zur Verhütung, Linderung oder Heilung von Menschens oder Tierkrankheiten bestimmt sind, ist verboten:

- 1. wenn den Gegenständen, Borrichtungen, Verfahren oder Mitteln besondere, über ihren wahren Wert hinausgehende Wirkungen beigelegt werden, oder
- 2. wenn die Art der Ankundigung oder Anpreisung geeignet ist irrezuführen, oder
- 3. wenn die Gegenstände, Vorrichtungen, Verfahren oder Mittel ihrer Beschaffenheit nach geeignet sind, die Gesundheit zu schädigen, oder
- 4. wenn Mittel empfohlen werden, welche nur auf ärztliche, beim Gebrauch für Tiere nur auf tierärztliche Anweisung verabfolgt werden dürfen.

8 2

Der öffentlichen Ankündigung oder Anpreisung der im § 1 bezeichneten Gegenstände, Vorstähtungen, Versahren oder Mittel steht es gleich, wenn in öffentlichen Ankündigungen auf Druckschriften oder sonstige Mitteilungen verwiesen wird, die eine Ankündigung oder Anpreisung dieser Gegenstände, Vorrichtungen, Versahren oder Mittel enthalten.

§ 3.

Für jeden Fall der Nichtbefolgung dieser Polizeiverordnung wird hiermit die Festsetzung eines Zwangsgeldes bis zu 150 RM, im Nichtbeitreibungsfall die Festsetzung von Zwangshaft bis zu zwei Wochen angedroht.

8 4.

Diese Polizeiverordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Gleichzeitig verlieren alle denselben Gegenstand behandelnden Polizeiverordnungen nachsgeordneter Behörden ihre Gültigkeit, soweit sie sich nicht auf den Verkehr mit bestimmten, in Listen aufgeführten Geheimmitteln und ähnlichen Arzneimitteln beziehen.

Berlin, den 2. Juni 1933.

Der Preußische Minister des Innern.

In Vertretung: Grauert.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes bom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

- 1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 1. Juni 1933 über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Kirchspiel Schöppingen für den chaussemäßigen Ausbau der Reststrecke der Straße Schöppingen—Darfeld durch das Amtsblatt der Regierung in Münster Ar. 23 S. 87, ausgegeben am 10. Juni 1933;
- 2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 1. Juni 1933 über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Kirchspiel Haltern für den chaussemäßigen Ausbau der Verbindungsstraße Flaesheim—Westrup—Sythen durch das Amtsblatt der Regierung in Münster Nr. 23 S. 87, ausgegeben am 10. Juni 1933.

Herlags-Aftiengesellschaft Berlin,

Verlag: A. von Decker's Berlag, G. Schenck, Berlin W. 9, Linkstraße 35. (Postscheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preußischen Gesetsammlung vermitteln nur die Postanstalien (Bezugspreis 1,— AM. vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) tönnen unmittelbar vom Berlag und durch den Buchhandel bezogen werben. Preis für den achtseitigen Bogen ober den Bogenteil 20 Apf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. h. Preisermäßigung.

R 30

(Nr. 19918.) Polizeiverarbnung über die öffensliche Anklindigung ober Anpreifung von Mitteln ober Verfahren, die zur Acchillung, Einderung ober Heilung von Menschens ober Tierkrankkeiten heltigent find, sign 9 Trust 1988

Auf Einend des Polizeiverwaltungsgezetzts vom 1. Juni 1921 (Geschlamml. S. 77) wird ür den Umsaug des Preußischen Staatsgebiets solgendes vererdnet:

1 8

Die öffentliche Ankündigung oder Ampreisung von Gegenständen, Borrichtungen, Berschren oder Mitteln, die zur Werhütung, Linderung voer Heisung von Menkhene oder Tierkrankheiten bestimmt sind, ist pervoten:

- 1. wenn den Gegenständen, Berrichtungen, Berfahren oden Witieln befondere, über ihren wahren Wert hinausgehende Wirkungen beigelegt werden, oder voor
 - 2. wenn die Art der Ankündigung oder Anpreisung geeignet ist irrezusühren, oder
- 3. wenn die Gegenstände, Vorrichtungen, Verschren oder Mittel ihrer Beschaffenheit nach gerignet sind, die Gesundheit zu schödigen, oder
- 4. wenn Mittel empfohlen werden, welche nur auf ärztliche, beim Gebrauch für Tiere nur auf tierärztliche Anweilung verabfolgt werden dürfen,

.9 8

Der öffentlichen Anklindigung oder Anpreisung der im zu bezeichneten Gegenstände, Vorerichtungen, Verfahren oder Mittellungen volleich, wenn in öffentlichen Ankländigungen auf Druckschien oder sonsiegen verwiesen werden vord, die eine Ankländigung oder Anpreisung dieser Gegenstände, Vorrichtungen, Verfahren oder Mittel enthalten.

.8 8

Für jeden Fall der Michtbesolgung dieser Polizeiverordnung wird hiermit die Festsehung eines Zwangsgeldes dis zu 150 II.c, im Mährbeltreibungsfall die Festsehung von Zwangshaft dis zu zwei Wochen angedroht.

A .

Gleichzeitig verlieren alle denfelben Gegenstand behandelnden Volizeiberordnungen nach geschneter Behörden ihre Gültigleit, soweit sie sich nicht auf den Verlehr mit bestimmten, in Listen aufgesührten Geheinmitteln und ähnlichen Arzueimitteln beziehen.

Berlin, Sen 2, Auni 1938.

Der Preußische Winnifter des Innern.

drauert

Bekauntmachung.

Nach Borichrift des Gelehes vam 10. April 1872 (Gelepjannul S. 354) find bekanntgemachi:

- 1. der Eclah des Prenhilden Staetsminiferings dam I. Juni 1892 über die Berkeldung des Enteiguungsrechts an die Geneinde Kirchhief Schöppingen für den charessenähigen Ausbau der Relikeste der Stroße Schöppingen—Darfeld durch das Ataleblatt der Ikgierung in Münker Ik. 28 S. 87, ausgegeben am 10. Juni 1893:
- 2. der Erloß des Preußischen Stoatsminkleitung vom 1. Juni 1933 über die Versehung des Euteignungsrechts an die Gemeinde Kirchspiel Haltern für den chaussernähigen Ausbon der Verdindungsstraße Flassheim—Abetrup—Sochen durch das Antsbleit der Regierung in Münkler Idr. 23 S. 87. ausgegeben am 10. Anni 1938.

Herausgegeben von Preußischen Staatsminifterien. — Drudt Preußische Druckerels und

Verlag: R. von Neder's Berlag. E. Schend, Berlin B. 9, Lindirage 35. (Polithectionto Berlin 9059.)
Den tantenben Bonne im Hendellem Erfellemilien nur die Politantalien et Georgepeis 1.— NW. viertilöhäldigt
einseine Rummers und Indirage Erfelleming et auch illere den Mandelleming von Derlag und durch den Georgepeis der den Georgepeis des Georgepeis d